

Wagenknecht warnt vor „atomarem Inferno“ in Europa

Stand: 09:16 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

„Waffen schaffen keinen Frieden“, betont Sahra Wagenknecht (Die Linke). Sie kritisiert Olaf Scholz für die Ankündigung, nun doch schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Das sei vollkommen verantwortungslos.

Nach der Ankündigung der Bundesregierung, die Ukraine mit schweren Waffen gegen Russland zu unterstützen, geht die Diskussion um den richtigen Weg im Ukraine-Krieg (</politik/ausland/article238400757/Ukraine-News-UN-besorgt-wegen-Explosionen-in-Transnistrien.html>) weiter. In der Bundestagssitzung am Mittwoch dürfte es neben den ersten Beratungen zum geplanten Sondervermögen der Bundeswehr erneut um die Frage gehen, wie der Ukraine Waffen zur Verfügung gestellt werden können.

In der Linksfraktion stößt die Ankündigung, der Industrie die Lieferung von „Gepard“-Flugabwehrpanzern an die Ukraine zu genehmigen, auf scharfe Kritik. „Es ist vollkommen verantwortungslos, dass die Bundesregierung Deutschland durch die Lieferung der ‚Gepard‘-Panzer immer mehr zur Kriegspartei macht und damit in akute Gefahr bringt“, sagte Sahra Wagenknecht der „Neuen Osnabrücker Zeitung“

Es sei von Kanzler Olaf Scholz (SPD) richtig gewesen, mit Verweis auf seinen Amtseid zu betonen, dass er alles tun müsse, um eine Eskalation und einen Weltkrieg zu verhindern. Das Zurücknehmen dieser Haltung (</politik/ausland/article238391847/Olaf-Scholz-Und-wieder-eine-Kehrtwende-Die-Chronologie-der-deutschen-Ukraine-Politik.html>) sei katastrophal, sagte die Politikerin weiter. Mit der Lieferung von immer mehr und tödlicheren Waffen werde der Krieg nicht beendet, sondern verlängert und die Zahl der Opfer erhöht.

Wagenknecht für garantierte Neutralität der Ukraine

Wagenknecht rechnet nicht damit, dass sich „die Atommacht Russland ohne eine halbwegs gesichtswahrende Lösung aus der Ukraine zurückziehen wird“. Sie warb stattdessen für eine garantierte Neutralität der Ukraine, verbunden mit einer Autonomie des Donbass. „Für Gespräche in dieser Richtung sollte die Bundesregierung sich gemeinsam mit anderen

europäischen Regierungen mit aller Kraft einsetzen, statt im Schlepptau der USA immer mehr Öl ins Feuer zu gießen und ein atomares Inferno in Europa zu riskieren.“

Da Russland die zweitgrößte Atommacht dieser Welt sei, gelte auch heute und trotz des verbrecherischen Kriegs in der Ukraine: „Waffen schaffen keinen Frieden, und Sicherheit in Europa gibt es nicht gegen Russland.“

jm mit dpa

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/238401683>